

Antrag

der Abg. Nikolai Reith und Hans Dieter Scheerer u. a. FDP/DVP

Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) in Baden-Württemberg: Was unternimmt die Landesregierung?

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Chancen sie sieht für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) in Baden-Württemberg durch die voraussichtlich signifikante Erhöhung des Verteidigungsetats des Bundes und zahlreiche neue Investitionen in die Ausstattung der Bundeswehr sowie weiterer europäischer Armeen;
2. welche Chancen sie sieht für Zuliefererbetriebe der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, die zwar selbst nicht diesem Sektor zuzuordnen sind, aber bedeutende Lieferbeziehungen mit ihm unterhalten;
3. welche Probleme, Engstellen und mögliche Verzögerungsgründe sie sieht für ein schnelles Hochfahren der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, insbesondere auch, ob dies auch den Zuliefererbereich betrifft;
4. auf welche Art und Weise sie – neben dem Schreiben von Staatssekretär Dr. Rapp gemeinsam mit Roland Weigert, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, an den Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Sven Giegold im August 2022 – auf die Bundesregierung eingewirkt hat, damit Aufträge aus dem Sondervermögen für die Bundeswehr an Unternehmen in Baden-Württemberg fließen;
5. welche diesbezüglichen Schritte sie für die Zukunft und die voraussichtlichen weiteren Aufträge für die Bundeswehr plant;
6. in welcher Art und Weise sie in den letzten fünf Jahren in einem strukturierten Austausch mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg war (ggf. bitte mit Informationen zu Terminen, Themen sowie Gesprächspartnern);
7. inwiefern sie das Image der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg als Hinderungsgrund für ihre weitere Stärkung sieht und welche Maßnahmen sie ggf. dagegen plant;
8. auf welche Art und Weise Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sowie deren Zulieferer in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren von einer direkten Landesförderung, von Landeskrediten oder von Landesbürgschaften profitiert haben;
9. wie sie den Vorschlag bewertet, im Rahmen des Förderprogramms InvestBW einen spezifischen Förderschwerpunkt für Unternehmen und Zwecke der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie auszuschreiben, um diese Branche weiter zu stärken;
10. welche Maßnahmen sie bereits ergriffen hat oder zukünftig plant zu ergreifen, um die Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg untereinander, mit Zuliefererbetrieben, mit der Wissenschaft sowie mit anderen Unternehmen zu vernetzen und somit die Clusterbildung und den Netzwerkaufbau zu befördern;
11. welche Anreize sie setzt, um speziell Kooperationen zwischen Unternehmen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg, deren Zulieferern in Baden-Württemberg und den Instituten der angewandten Forschung in Baden-Württemberg auszubauen;

12. inwiefern es für die Institute der angewandten Forschung in Baden-Württemberg und hier insbesondere der landesgetragenen Institute der Innovationsallianz irgendwelche Beschränkungen zu den Themen Sicherheits-/Verteidigungs-/Militärforschung gibt, vergleichbar zu den Zivilklauseln an einzelnen Hochschulen;
13. welche Informationen ihr zum spezifischen Fachkräftebedarf der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg vorliegen, sowohl hinsichtlich der am meisten vorhandenen Fachkräfte als auch hinsichtlich der am meisten gesuchten (also nicht bereits abgedeckten) Fachkräfte;
14. welche Maßnahmen sie diesbezüglich ergreift, insbesondere auch hinsichtlich der Umschulung oder Weitervermittlung von Fachkräften aus wirtschaftlich beeinträchtigten Branchen in die sich positiv entwickelnde Sicherheits- und Verteidigungsindustrie;
15. welche sonstigen Maßnahmen sie bereits ergriffen hat oder noch plant zu ergreifen, um die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Baden-Württemberg weiter zu stärken und die vom Ministerpräsident formulierte Haltung „Das wird ein neuer industrieller Schwerpunkt für Baden-Württemberg werden, da bin ich mir sicher“ (dpa-Meldung vom 4. März 2025, „Kretschmann für Ausbau der Rüstungsindustrie im Südwesten“) zu unterstützen.

24.3.2025

Reith, Scheerer, Dr. Schweickert, Birnstock, Bonath, Haag, Haußmann, Dr. Jung, Karrais FDP/DVP

Begründung

Deutschland befindet sich in einer Phase der massiven Aufrüstung. Im Juli 2022 wurde dazu ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro explizit für die Bundeswehr etabliert. In den Verhandlungen für die neue Bundesregierung gibt es weitere Pläne für massive Investitionen in die Verteidigung. Noch dazu gibt es in der politischen Diskussion dazu häufig die Forderung, dass die mit diesen Investitionen verbundenen Aufträge in deutsche oder zumindest europäische Unternehmen fließen sollen, um die strategische Unabhängigkeit von Europa zu stärken, die heimische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu stärken und auch die Wirtschaft zu fördern.

Ausgaben für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie können nämlich auch sinnvolle Wirtschaftspolitik sein. Beispielsweise sieht eine Studie des IfW Kiel die Chance, dass Investitionen in die Verteidigung auch zu einer Erhöhung des BIP um den Faktor 0,6 bis 1,5 führen. Wenn also beispielsweise 100 Milliarden Euro in die Verteidigung investiert werden, kann auch das BIP um 60 bis 150 Milliarden Euro steigen (Ethan Ilzetzki: Kiel Report: „Guns and Growth: The Economic Consequences of Defense Buildups“. 02/2005). Eine andere Studie sieht die Chance bei einem Verteidigungsetat in Höhe von drei Prozent des BIP auf bis zu 220 000 neue Arbeitsplätze (Marc Ingo Wolter, Tobias Maier, Gerd Zika: „Was, wenn zwei Prozent Verteidigungsausgaben nicht ausreichen? Ein Simulationsexperiment mit dem Modell QINFORGE“. GWS-Kurzmitteilung|QuBe-Essay 1/2025). Die Deka Bank und das Beratungsunternehmen EY haben ein „Ausbau-Szenario“ entwickelt, welches ebenso rund drei Prozent des BIP als Verteidigungsausgaben annimmt. Danach werden europaweit bis zu 1,3 Millionen (direkte und indirekte) Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen (DekaBank und EY: „Wirtschaftliche Effekte Europäischer Verteidigungsinvestitionen“. 12. Februar 2025). Diese Effekte hat auch Ministerpräsident Kretschmann erkannt. Er hat sich am 4. März für einen Ausbau der Rüstungsindustrie in Baden-Württemberg ausgesprochen und sieht darin einen neuen industriellen Schwerpunkt für Baden-Württemberg (dpa-Meldung vom 4. März 2025, „Kretschmann für Ausbau der Rüstungsindustrie im Südwesten“). Wichtig dafür ist aber auch eine breite industrielle Basis sowie funktionierende Lieferketten und angemessene Zuliefererleistungen. Dies hat auch der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Weißbuches der Europäischen Kommission zur Zukunft der europäischen Verteidigung deutlich gemacht (VDMA vom 19. März 2024, „Verteidigungsfähigkeit basiert auf starker Industrie“).

Allerdings sind andere Bundesländer Baden-Württemberg deutlich voraus. So hat Schleswig-Holstein bereits vier „Spitzengespräche zur Wehrtechnik“ durchgeführt und gemeinsame Positionierungen mit der Industrie vorgenommen. Bayern hat einen „TechHub Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ bei BayernInnovativ eingerichtet und einen „Zehn-Punkte Aktionsplan SVI“ beschlossen.

Dieser Antrag erkundigt sich daher nach konkreten politischen Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg: Was unternimmt das Land, um die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (SVI) in Baden-Württemberg zu stärken, möglichst viele Aufträge aus den gesteigerten Ausgaben für Baden-Württemberg zu gewinnen und damit die Wirtschaft in Allgemeinen zu stärken?